

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff  
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: Vierteljährlich 2,10 M.; halbjährlich 4,20 M.; monatlich 70 Pf. / Postamtlich 2,40 M.; bei den besten Postämtern Vierteljährlich 2,40 M., ohne Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten sowie unsere Ausreißer und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger Umständen der Verteilung der Zeitungen, der Lieferanten oder der Bestellerangelegenheiten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Abonnent in den oben genannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beträchtlichem Umfang über nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pf. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verleger, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Incomplete Zuschriften werden unberücksichtigt. / Druckerei: Berlin S.W. 44.

Verlieferungspreis 2 Pf. für die gewöhnliche Postanstelle oder deren Raum, Lokalpreis 1 Pf. 20 Pf., abends mit 2/3 Zeitungsgeldes. Zeitungs- und Anzeigenpreis 50 Pf. mit 50% Aufschlag. Ziel: Bücherlei und Anzeigenverlag. / Zusätzliche Nachrichten, Meldungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spalte 60 Pf. bet. 45 Pf. / Nachrichten- und Anzeigenpreis 30 bis 35 Pf. / Irrenhospitälern Aufschlag 10 Pf. jedes Anzeigengeldes aus. / Anzeigensätze die 11 Uhr vormittags. / Zeitungsgeldes bis Laufend 6 M., 12 bis Postanlege Zeitungs. / Für das Anzeigen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Erste Anzeigensätze 25%, zweites ohne Rabatt. / Die Anzeigensätze und Anzeigensätze haben bei der Zahlung binnen 30 Tagen zu erfolgen; längere Zeit, eventuelle Anzeigensätze, gemeinsames Anzeigen verliert. / Anzeigen haben die Berechnung des Preises zu enthalten. / Wenn nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vermerkt ist, gilt es als vermerkt durch Annahme der Zeitung, falls nicht der Empfänger innerhalb 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das  
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
Forstrentamt zu Tharandt.

Donnerstag den 2. Mai 1918. 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindetet sich auf der 4. Seite.

## Der Kampf um das preußische Wahlrecht.

„Deutschland ist nicht zu besiegen!“

Wer diese neue Weisheit entdeckt, die wir unsere Feinde schon seit Jahr und Tag predigen, ohne bis jetzt mit ihr Gehör zu finden? Die Londoner Daily Mail ist es, ein freigeistliches Blatt wie es im Buche steht die in einem schwachen Augenblick der Selbsterkenntnis der Wahrheit die Ehre gibt. Sie spricht davon, daß Tausende von Arbeitern für die Werften und in Schiffbauindustrie zurückgehalten werden sollen, weil nur junge und kräftige Leute für diese schwere Arbeit in Frage kommen, wenn die durch die U-Bootstätigkeit verursachten bedenklich schweren Verluste wieder gut gemacht werden sollen. Man könne aber nicht zugleich ein großes Schiffbauprogramm durchführen und große neue Armeen aufstellen. In der ganzen Welt, von Archangel bis Dongkong ständen die englischen Truppen verteilt und überall müßten sie mit Nachschub und Proviant versehen werden. So sei heute Englands nationale Kraft auf das äußerste angespannt — gleich einem Licht, das auf beiden Seiten angezündet ist. Doch bei der drohenden Niederlage sei den Machtbesitzern jedes, auch das verzweifeltste Mittel recht. Und doch werde die Stunde kommen, da dem Unterhandlung wie im Jahre 1778 die Unmöglichkeit, Amerika zu besiegen, jetzt von der Regierung das Bekenntnis abgelegt werden würde. Man kann Deutschland nicht besiegen!

Ein solches Geständnis, wenige Tage nach dem kühnen englischen Vorstoß gegen unsere U-Boot-Basis an der kanarischen Küste abgelegt, läßt wirklich tief blicken. Es fehlt den Briten an Schiffraum, und es fehlt ihnen an Mannschaften, und sie vermögen weder die entsetzlichen Verluste ihrer Handelsflotte noch die ungeheuren Abgänge ihrer Heeresarmeen zu ersetzen. Wollen sie den Verkehr mit dem mannigfachen Industriezweigen, die ihren Vertrieb zu speisen haben, geöhrt im Gang halten, so dürfte sie ihnen keine Arbeiter entziehen; wollen sie aber den Marschall Haig die Ersatzmannschaften schicken, deren er bedarf, um seine verlorenen Divisionen wieder auf die Beine bringen zu können, so können sie gerade an diesen Arbeitermassen nicht vorübergehen. Die 17- bis 19-jährigen Flugschüler, die sie in den letzten Flandernkämpfen einsetzten, nachdem sie die armen Gurrieren bald über Kopf von ihren Schulbänken hinweg über den Kanal transportiert hatten, die werden unsere kampfwilligsten Streiter schwerlich viel zu schaffen machen — und was soll dann wiederum aus dem Fliegererwerb werden, der doch schließlich, bei dem ungemein starken Kräfteverbrauch gerade der Luftwaffe, eine Sache von nicht geringer Wichtigkeit ist? So bewegen die Engländer sich im Kreise herum, und nirgends wird ein Ausweg sichtbar, der ihnen Rettung bringen könnte. König Georg versucht es wieder einmal mit einem Verbeugung nach Indien, das einem Rotzkei so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern. Wie groß der Beitrag Indiens zu Sache der Verbündeten auch gewesen sei, er sehe noch keinesfalls auf der Höhe seiner Hilfsquellen und seiner Kraft. Eine bessere Verwendung des vorhandenen Mannschafsmaterials, darauf komme es jetzt in erster Reihe an, angesichts der Notlage des Reiches nach diesen bitteren und heftigen Kämpfen an der Westfront. Es werde immer wichtiger für das Mutterland, daß die Kriegsheere in Ägypten, in Palästina und Mesopotamien von Indien aus unterhalten würden. Er vertraue auf den Geist der Opferwilligkeit, ohne den kein dauernder Sieg erzielt werden könne.

Also Indien muß noch ungleich mehr bluten als bisher, wenn England nicht zugrunde gehen soll. Aber auch dieses schöne Land ist nicht unerschöpflich, ganz abgesehen von der Frage, ob seine mehr und mehr zum Selbstbewußtsein erwachenden Bewohner sich nicht bald zu gut dünken werden, um ihre Verwendung als Kanonenfutter für die Zwecke ihrer europäischen Unterdrückung noch länger, und gar in unaufrichtiger steigendem Umfang zuzulassen. Und wie es mit Irland steht, ist ja ein ganz offenes Geheimnis, während unsere Feinde sich jetzt jeden Tag von neuem darüber entfachen, mit welcher zahlenmäßigen Überlegenheit wir nach dem Friedensschluß im Osten gegen die gesamte Streitmacht der Engländer und Franzosen aufzutreten imstande sind.

In der Tat, es bleibt dabei: man kann Deutschland nicht besiegen! Je eher diese Einsicht in England die Oberhand gewinnt, desto besser für unsere Besten vor einst. Sie brauchen dann wenigstens nicht auch noch vor Amerikanern und Japanern ganz und gar den kürzeren zu ziehen

### Immer noch der Kaiserbrief.

Die Grenzen von 1814.

Aus den Beratungen des französischen Kammer-

auschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Brief Kaiser Karls an Prinz Sixtus von Parma teilt der „Manchester Guardian“ einige Einzelheiten mit:

Die dem Ausschuss vorgelegten Dokumente enthalten einen Brief von Poincaré an den Prinzen Sixtus von Bourbon, worin Poincaré für Frankreich nicht nur Elsass Lothringen fordert, sondern die Grenzen von 1814, und Vürzburg bis hin zum rechten Rheinufer, also tatsächlich die Bedingungen, welche im Verträge von Briand mit Domergue mit der Regierung des früheren Jahres vereinbart wurden. Poincaré scheint die Verhandlungen in eigener Person geführt zu haben.

Die Unterhandlungen wurden nur der englischen und der italienischen Regierung mitgeteilt, nicht den anderen Verbündeten. Mehrere Abgeordnete griffen Clemenceau heftig an und verlangten, daß nach der Veröffentlichung des Kaiserbriefes durch Clemenceau alle Dokumente veröffentlicht werden müßten.

### Wirkungen des U-Boot-Krieges.

Trotz aller Ablehnungen des englischen Premierministers macht sich der U-Boot-Krieg in England jetzt so stark bemerkbar, daß die gesamte Lebenshaltung von ihm beeinflusst erscheint. So kündigt jetzt der englische Lebensmittelkontrollleur Rhombda an, daß mit Ablauf der geltenden Butter- und Fleischkarten am 14. Juli im ganzen Königreich persönliche Rationierungsbücher eingeführt werden mit Abschnitten für Butter, Fleischwaren und Fett, namentlich Butter, Margarine und Schmalz, und angeblich mit mehreren Seiten für die Zuteilung bisher frei käuflicher Waren. „Times“ nimmt an, daß hier besonders Tee in Betracht komme, der in der Provinz schon vielfach geteilt wird. Die Zwangsanteile von Brot ist nicht beachtenswert.

### Um das preußische Wahlrecht.

Zweite Lesung im Abgeordnetenhaus.

(13. Sitzung.) 11. Berlin, 30. April. Die bevorstehende Entscheidung über die in der innerpolitischen Geschichte Preußens ungewöhnlich wichtige Frage seit dem Jahre 1848/49 hat das Haus loszulassen bis auf den letzten Wagh gefüllt. Die schon vor Beginn der Sitzung im ungemein großer Zahl erschienenen Abgeordneten tauschten in Rede und Gegenseite lebhaft ihre Ansichten aus, auf den Tribünen drängten sich die Zuhörer. Die in erster Lesung abgelehnte Regierungsvorlage will jedem Wähler eine Stimme geben, fordert also das gleiche Wahlrecht in Zukunft ähnlich wie im Reich. Aus den Beratungen der Kommission ging der Plan eines Mehrstimmenwahlrechts hervor, das einzelnen Wählern bis zu sieben Zusatzstimmen erteilen soll. In letzter Stunde sah sich die nationalliberale Fraktion des Landtages veranlaßt, einen vermittelnden Antrag zur Schaffung eines Zweistimmenswahlrechts einzubringen, bei dem ein Teil der Wähler also höchstens eine Zusatzstimme neben seiner Grundstimme erhalten soll. Die parlamentarische Lage ist außerordentlich ungeklärt. Die Entscheidung hängt von verhältnismäßig wenigen Stimmen ab. Die Haltung der Nationalliberalen, die in sich gespalten sind, wird das Gelingen der Woge nach der einen oder anderen Seite schnell lassen. Auf der anderen Seite bleiben auch die Ansichten der Regierung im dunkeln. Wird sie bei Ablehnung des gleichen Wahlrechts das Abgeordnetenhaus sofort auflösen, wie die Linkspolitiker verlangen? Oder wird sie, wie man in den Kreisen der Reichspartei annimmt, die einen Wahlkampf während des Krieges für äußerst gefährlich und schädlich halten, auf anderen Wegen und mit anderen weniger drastischen Mitteln einen Ausgleich der kämpfenden Interessen herbeizuführen suchen? Ein klares Ziel, wohin die Reise gehen wird, ist vorläufig nicht zu erkennen. Aber die Atmosphaere ist bis zum Verbrechen geladen und mit höchster nervöser Spannung hebert man dem ersten Blickschlag entgegen. Es läßt nicht lange auf sich warten.

### Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch sitzen Reichskanzler, preußischer Ministerpräsident Graf Hertling, die Minister Dr. Friedberg, Dr. Drews, Dergl, v. Eisenhart-Krothe. Die Tagesordnung nennt als Verhandlungsgegenstand zweite Lesung der Gesetzesvorlagen über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, die Zusammenstellung des Herrenhauses und die Abänderung der Artikel 62 und 69 der Verfassung.

### Vertagungsantrag des Grafen Spee.

Graf Spee (Str.) zur Geschäftsordnung: Ich beantrage die Beratung dieser drei Vorlagen bis nach Friedensschluß zu vertagen. (Allgemeine Ausrufung, große Bewegung.) Ich stelle den Antrag durchaus auf eigene Faust, aber in vollem Ernst. Der Reichskanzler u. Herrmann Holweg hat seinerzeit im Abgeordnetenhaus erklärt, daß die Wahlreform erst nach dem Krieg erfolgen könne. Auch die Osterbotschaft stellte sich auf diesen Standpunkt. Wenn das Haus in Klammern steht, dann suchen alle Parteien zunächst gemein-

iam das Feuer zu löschen. (Laut links: Sie löschen mit Öl! Wir aber streiten uns über neue Einrichtungen des brennenden Hauses, ehe wir den Frieden haben. Wir müssen alles vermeiden, was auch nur den Ansehen erwecken könnte, als ob nicht auch die Front im Innern einig und geschlossen wäre. Alle Garantien sind dafür gegeben, daß die Verfassung abgeändert werden wird. Der jetzige Zeitpunkt des ungeheuren Greifenschlages ist der denkbar ungeeignetste für die Änderung. Wollen Sie unsere Forderungen ausschließen, die an der Front stehen? Die Annahme meines Antrages würde an der Front wie eine Erfrischung wirken. (Lebh. Beifall rechts. Gelächter links und im Zentr.) An der Front begreift man die verdammt Friedensresolution des Reichstages nicht. (Unruhe links und im Zentr.) Der Kampf im Innern stärkt die Widerstandskraft unserer Feinde, er vermehrt das unruhige Blutvergießen. Vermeiden wir alles, was uns trennt. (Laut links: Zur Geschäftsordnung.)

Präsident Graf Schwerin-Köwig: In einem früheren ähnlichen Fall ist die Begründung eines solchen Antrages zugelassen worden.

### Die Regierung gegen den Antrag Spee.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Antrag hat alle Welt überrascht. Er mag aus patriotischer Meinung hervorgehen, aber seine Annahme würde nicht des erwarteten Erfolg haben. (Sehr richtig! links und im Zentr.) Eine Vorlage, die festerlich angekündigt worden ist und in deren Beratung wir mitten drin stehen, auf eine ganz unbestimmte, unabherrschbare Zeit zurückzustellen, würde den inneren Frieden unseres Volkes aufs tiefste erschüttern.

Auf der linken Seite des Hauses und im Zentrum wird während dieser Ausführungen des Ministers stürmische Zustimmung laut, bei der Reden zeigt sich starke Unruhe. Zu Stimmung links und Widerspruch rechts steigern sich zum allgemeinen Lärm, als der Minister fortfährt:

Die Regierung könnte für eine solche Wirkung die Verantwortung nicht übernehmen und würde die Annahme des Antrages Spee mit den äußersten verfassungsmäßigen Vorgrungen beantworten.

Nachdem sich die durch die Rede Dr. Friedbergs entstandene Aufregung einigermassen gelegt hat, nimmt das Wort Abg. Dr. Vorkel (Str.): Graf Spee hat seinen Antrag in unserer Fraktion angekündigt, ist aber einmütig abgelehnt worden, ihn zurückzustellen. (Hört! Hört!) Man kann gewiß verschiedener Meinung darüber sein, ob es zweckmäßig war im Kriege diese Vorlagen einzubringen. (Hört! Hört! rechts) aber nachdem das geschehen ist und von einem großen Teil des Volkes die Erledigung dieser Vorlage gewünscht wird, erscheint es mir unmöglich, diesen Antrag anzunehmen. Wir lehnen ihn ab. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Dr. Baumbach (Ba.): Ich kann das Bestreben nicht unterdrücken, daß der Präsident die Grenzen der Begründung des Antrags so weit gezogen und den Antragsteller von der „verdammt Friedensentscheidung“ hat brechen lassen. (Laut links: Ungehört! — Sehr richtig! rechts.) Der Antrag ist ein Dolch auf die Krone, ein Dolch auf das Staatsministerium und ein Dolch auf das Land. (Sturm. Beifall links, erregter Widerspruch rechts.)

Präsident Graf Schwerin: Ich bitte, meine Handhabung der Geschäfts nicht einer solchen Kritik unterziehen zu wollen. (Laut links: Sehr berechtigt!) Der Antragsteller hat sich durchaus im Rahmen der Begründung für seinen Geschäftsordnungsantrag gehalten. (Widerspruch links.)

### Drei Ordnungsrufe für den Abg. A. Hoffmann.

Abg. A. Hoffmann (U. Soz.): Wenn Graf Spee an der Front eine führende Stellung haben sollte, würde ich das nach seinem Auftreten hier für sehr bedenklich halten. (Laut links: sehr richtig!) Wie eine Erfrischung soll der Antrag angeblich an der Front wirken. Welche Front meint Graf Spee? Während seiner Rede machte es den Eindruck, als ob er ohne Nachdruck direkt aus dem Offizierskasino gekommen wäre. (Grobes Lärm und Hui-Rufe rechts. — Ordnungsruf des Präsidenten.) Man sollte den Grafen Spee einem Wachposten zur Unternehmung übergeben. (Neuer Lärm und Hui-Rufe rechts. — Zweiter Ordnungsruf des Präsidenten.) Wird der Antrag angenommen, so würde ich die Kämpfer an der Front auffordern, bis zur Einführung des gleichen Wahlrechts den Kampf einzustellen. (Gr. Lärm und Hui-Rufe. — Zurufe rechts: Haus! Suchtaus! Hochherdeter! Landesverräter!)

Präsident Graf Schwerin: Wegen dieser, die Gefühle des Hauses und des ganzen Landes tief verletzenden Äußerungen rufe ich Sie zum dritten Male zur Ordnung. (Beifall.) Ich bitte, die Verhandlungen über eine so ernste und bedeutungsvolle Frage in einem Tone zu führen, der der Bedeutung der Sache entspricht. (Laut links: Verdammt Friedensentscheidung!) Ich habe überhört, daß Graf Spee von einer verdammt Friedensresolution getrieben hat. Ich muß diesen Ausdruck als verlegend für einen Teil der Reichstagsabgeordneten ansehen. Im übrigen kann ich mitteilen, daß auch ich von dem Antrage des Grafen Spee überrascht worden bin. (Laut links: Unangenehm!)

Abg. Strick-Berlin (Soz.): In keinem Parlament der Welt wäre es möglich, daß kurz vor der Entscheidung über eine so wichtige politische Frage ein derartiger Antrag gestellt würde, der eine Herausforderung des ganzen Volkes bedeutet. (Sehr richtig! links.) Der Antrag würde an der Front nicht wie